

**ERHÖHTE NOTENBANKGELDMENGE**  
Die massive Geldvermehrung schürt Inflationsängste

Wirtschaft, Seite 20

**DEBATTE UM PLATINMÜNZEN**  
US-Regierung lehnt «Taschenspielertrick» ab

Börsen und Märkte, Seite 21

**PREISUNTERSCHIEDE BEIM ERDÖL**  
Neue Infrastruktur in Amerika könnte Differenz verringern

Rohwaren, Seite 23

**SPORT**  
Marcel Hirscher pokert in Adelboden goldrichtig

Seite 32

## Mehr Souplesse an der Beschäftigungsfront

Verhandlungsabschluss zwischen Patronat und Gewerkschaften in Frankreich

Arbeitgeber und Gewerkschaften in Frankreich haben sich auf flexiblere Beschäftigungsregeln geeinigt. Damit können Firmen künftig besser auf Auftragschwankungen eingehen. Die Enthärtung der Fronten ist ein Erfolg für Präsident Hollande.

Manfred Rist, Paris

Nach mehrmonatigen Verhandlungen haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber in Frankreich auf ein Grundsatzabkommen zur Aufweichung von Beschäftigungsregeln geeinigt. Die Übereinkunft sieht in den Hauptzügen vor, dass ein Unternehmen in Zukunft seine Belegschaft flexibler einsetzen kann. Im Gegenzug sieht die Reform für Arbeitnehmer in kleineren Unternehmen eine bessere Absicherung im Krankheitsfall vor. Auch sollen kurzfristige (zeitlich limitierte) Arbeitsverträge, mit denen bisher auf Konjunkturschwankungen reagiert wurde, unattraktiver werden.

### Anpassung an Betriebe

Die Einigung wird derzeit zwar nur von drei der fünf Gewerkschaftsverbände mitgetragen, was hinter die eingeleitete Entspannung der Sozialpartnerschaft ein Fragezeichen setzt. Die Übereinkunft ist aber als Erfolg für den französischen Präsidenten François Hollande zu werten, der den bis vor kurzem als kaum begehren Verhandlungsweg ab Beginn seiner Amtszeit als Richtung vorgegeben hat. Andernfalls, so hatte er

bedeutsame Änderungen durch Parlamentsbeschlüsse erzwingen. Stattdessen soll nun der Text dieser sozialpartnerschaftlichen Übereinkunft für eine Anpassung der Rechtslage herangezogen werden. Bereits im März ist dann die Behandlung dieser Vorlage in der Assemblée geplant.

### Zwei notorische Fussfesseln

Für die Arbeitgeber ist von Bedeutung, dass sie bei schwierigen konjunkturellen Bedingungen – in Abweichung von Arbeits- und Tarifverträgen – die Löhne senken können. Diese auch für die Anpassung an den verstärkten Wettbewerbsdruck wichtige Massnahme kann bis zu zwei Jahre lang angewendet werden. Im Gegenzug soll bei einem «Nachfragehoch» die Arbeitszeit im einzelnen Betrieb verlängert werden können.

Der Pferdefuss besteht darin, dass es zur Implementierung dieser Massnahmen jeweils eine Stimmenmehrheit der betroffenen Arbeitnehmer braucht. Regierung und Wirtschaft erhoffen sich von diesen Bestimmungen aber dennoch flexiblere Reaktionsmöglichkeiten auf mitunter sehr unternehmensspezifische Geschäftsentwicklungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass solche Anläufe zur Entkrustung der Arbeitsmarktverhältnisse 1984 und 2004 scheiterten.

Der bis dato gültige – und gewissermassen betonierte – Rechtsrahmen in Frankreich hat mit dazu beigetragen, dass die hiesige Wirtschaft ungeachtet von Krisen stets mit starren Lohnkosten konfrontiert geblieben ist und dabei erst noch mit kurzen Arbeitszeiten zurecht-

kommen musste. Zudem sind durch diese fixen Regeln einzelne Unternehmensprobleme und Arbeitskämpfe jeweils rasch auf die nationale Ebene projiziert worden. Die Reform setzt nun also bei zwei notorischen Fussfesseln an, die letztlich für die hohe und steigende Arbeitslosigkeit als auch für das seit zehn Jahren anschwellende Aussenhandelsdefizit mitverantwortlich sind.

Die Vereinbarung, die von der den Sozialisten nahestehenden CFDT, der christlichen CFTC und dem Verband der leitenden Angestellten CFE-CGC mitgetragen wird, hat aus Unternehmenssicht einen Preis, der in der Wortkonstruktion «Flexicurity» zum Ausdruck kommt. Für Arbeitnehmer sollen ab 2016 nämlich kollektive Krankenversicherungen Vorschrift werden. Das bedeutet gemäss ersten Schätzungen eine bessere (bzw. günstigere) Absicherung für bis zu 4 Mio. Arbeitnehmer, die vorab in kleineren Unternehmen beschäftigt sind. Das Patronat schätzt, dass damit Zusatzkosten von 2 Mio. bis 4 Mio. € anfallen werden.

### «Kurze» Verträge besteuert

Eine weitere Gegenleistung an die Gewerkschaften verkörpert das Zugeständnis, befristete Arbeitsverträge (CDD), die kürzer als drei Monate sind, zu «besteuern», also unattraktiver zu gestalten. Solche Temporäreinsätze sollen künftig mit einer Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge an die Arbeitslosenversicherung quittiert werden, nämlich um 3 Prozentpunkte bei Verträgen, die einen Monat nicht überschreiten, und 1,5 Punkte bei Engagements zwischen einem und drei Monaten.

## Der zweifelhafte Erfolg deutscher Stromexporte

Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu grossen Verwerfungen

Deutschland hat entgegen den Erwartungen auch im letzten Jahr viel Strom exportiert. Dies liegt vor allem am Ausbau der erneuerbaren Energien. Trotzdem besteht kein Grund zur Freude.

Matthias Benz, Berlin

Als die deutsche Politik im Frühjahr 2011 den beschleunigten Atomausstieg beschloss, wurde von vielen Beobachtern vorausgesagt, dass Deutschland von einem Stromexporteur zu einem Stromimporteur werden würde und künftig vor allem Atomstrom aus dem Ausland beziehen müsste. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Deutschland hat im vergangenen Jahr so viel Strom ins Ausland geleitet wie nie zuvor. Dies geht aus einer neuen Schätzung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hervor. Demnach exportierte Deutschland 2012 Strom im Umfang von 23 Mrd. kWh. Im Vorjahr war dieser Wert auf 6 Mrd. kWh gesunken. Als Hauptgrund für das Exportwachstum wird der starke Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem von Windkraft- und Solaranlagen, angeführt.

### Unklarer Transaktionswert

Diese überraschende Entwicklung zeigt, dass sich die Verhältnisse auf dem Strommarkt häufig nur schwer prognostizieren lassen. Verschiedene Gründe sprechen allerdings dagegen, die Zahlen

nun als grossen Erfolg für die Energiewende zu betrachten.

Zum Ersten spiegeln die Exporte nur eine rein physikalische Grösse. Zu manchen Stunden, wenn der Wind in Deutschland stark weht oder die Sonne kräftig scheint, läuft das deutsche Stromnetz förmlich über, und der erneuerbare Strom drängt dann in die ausländischen Netze. Wirtschaftliche Transaktionen und damit ein ökonomischer Wert liegen den Stromflüssen aber nur zum Teil zugrunde. Häufig muss der Strom verschenkt oder dem Abnehmer gar etwas für den Bezug gezahlt werden. An der Leipziger Strombörse Epex Spot wurden 2012 an 15 Tagen negative Preise beobachtet. Laut dem Branchenverband BDEW lässt sich vor diesem Hintergrund nicht sagen, welchen ökonomischen Wert die Stromexporte darstellen.

Zum Zweiten haben die Nachbarn nicht nur Freude, wenn das deutsche Netz zu gewissen Stunden überläuft. Der Chef des deutschen Energiekonzerns E.ON, Johannes Teyssen, betont etwa schon seit längerem, dass man in Polen und Tschechien die Stabilität des Netzes gefährdet sehe, wenn die deutschen Windkraftwerke im Norden zu viel Strom lieferten. Beide Länder wollen deshalb ihre Netze mit sogenannten Phasenschiebern zeitweise abschotten. Dies läuft freilich der Idee eines integrierten europäischen Binnenmarkts für Strom entgegen.

In einigen Ländern dürfte der deutsche Strom aber auch willkommen sein. Laut dem BDEW gingen die steigenden Exporte im vergangenen Jahr vor allem

darauf zurück, dass günstiger deutscher Strom in die Niederlande geleitet wurde, wo er teurere Energie aus Erdgas-Kraftwerken verdrängte. Davon haben wohl zahlreiche niederländische Stromkonsumenten profitiert.

### Neue Umverteilung

Allerdings zeichnet sich hier eine neue, durchaus brisante Art der Umverteilung im innereuropäischen Rahmen ab. Die Entwicklung ist nur möglich, weil die deutschen Stromkunden den Ausbau der per se relativ unwirtschaftlichen erneuerbaren Energien mit hohen Umlagen auf den allgemeinen Strompreis fördern. Nach dem jüngsten Ausbauschub vor allem bei Solaranlagen (NZZ 7.1.13) betragen die Subventionen rund 17 Mrd. € pro Jahr.

Zum Dritten sollten die Stromexporte nicht mit Versorgungssicherheit verwechselt werden, wie die BDEW-Geschäftsführerin Hildegard Müller warnte. Es komme auf Ort und Zeitpunkt des Stromangebots und der Nachfrage an. Strom müsse jederzeit an jedem Ort verfügbar sein. In diesem Zusammenhang bereitet vor allem Sorge, dass sich der Betrieb konventioneller Kraftwerke – vor allem von Gaskraftwerken –, die zur Sicherung einer stabilen Stromversorgung unerlässlich sind, immer weniger lohnt. Sie werden verdrängt von den volatilen «Erneuerbaren», die Vorrang bei der Einspeisung geniessen. Deutschland und auch die Nachbarländer müssen sich auf eine Debatte einstellen, wie sich solche Verwerfungen im Strommarkt künftig vermeiden lassen.



ILLUSTRATION CHRISTOPH FISCHER

WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH

## IT-Sicherheit als Boombranche

Weg der israelischen Hackerin Keren Elazari zur Cyber-Expertin

Monika Bolliger, Tel Aviv · «Ich gebe Angelina Jolie die Schuld dafür, dass ich mit 15 beschloss, Hackerin zu werden», sagt Keren Elazari. Damals, 1995, kam der Film «Hackers» in die Kinos, in dem Jolie eine junge Informatikerin spielte, die sich unerlaubterweise in fremde Rechensysteme einschaltete. Ihre erste Website hatte Elazari bereits mit 13 erstellt. Sie wuchs in Tel Aviv auf und interessierte sich früh für Computer, ohne dabei an eine Karriere zu denken. Sie habe einfach eine Affinität für Technologie, für Hacker-Kultur und unkonventionelles Denken gehabt, sagt sie.

### Israel hat die Nase vorn

Heute ist Elazari Sicherheitsexpertin im Cyber-Bereich, der Welt der digitalen Informationstechnologie, und arbeitet mit führenden israelischen Firmen und Regierungsorganisationen zusammen. Nach ihrer eigenen Beschreibung gehört sie seit über zwölf Jahren zum Kern der israelischen Cyber-Security- und Hacker-Szene. Zudem arbeitet sie für die Universität in Tel Aviv und für einen Think-Tank im Silicon Valley, wo sie sich mit Sicherheitsproblemen der Zukunft befasst. Schliesslich hat sie auch verschiedene Fachtagungen mitorganisiert und spielte eine führende Rolle in Nato-Konferenzen über Cyber-Konflikte.

Cyber-Security sei eine boomende Industrie, erklärt Elazari. Es brauche laufend innovative Ansätze, um den Bösewichten unter den Hackern ständig eine Nase voraus zu sein. In der Tat weist der globale Markt für Technologie und Dienstleistungen im Bereich Informationssicherheit solide Wachstumsraten auf. Für 2012 schätzt die Marktforschungsgruppe Gartner, dass die weltweiten Ausgaben für Cyber-Security um 8,4% auf 60 Mrd. \$ zugenommen haben, und bis 2016 könnten es 86 Mrd. \$ sein. Israel hat in diesem Markt eine führende Position inne. Wenn man die Zahlen und die Entwicklung von innovativen Firmen betrachte, zeige sich, dass israelische Anbieter in diesem Bereich immer an vorderster Position gewesen seien – bevor die Welt überhaupt gewusst habe, dass es einen Markt dafür gebe, meint Elazari. Es kann zwar nicht überprüft werden, doch laut offiziellen israelischen Stellen ist das Land pro Minute rund 1000 Cyber-Attacken ausgesetzt. Die meisten stammen von Aktivisten und sind relativ harmlos. Gefährlicher sind Staaten oder kriminelle Netzwerke.

Der israelische Sicherheitsapparat gehört zu den weltweit höchstentwickelten. Da die elektronischen Netze neben Land, Luft, See und dem Weltall zu einer neuen Domäne der Kriegführung geworden sind, investiert Israel viel in deren Verteidigung. Laut einer Studie von 2012 gehört Israel neben Finnland und Schweden zu den drei am besten gegen Cyber-Attacken gewappneten

Ländern. Die auf Sicherheit getrimmte Geisteshaltung der Israeli sowie das innovationsfreundliche Umfeld seien ein fruchtbarer Boden für technologische Innovationen in diesem Bereich, erklärt Elazari. Derzeit gründen Dutzende junger israelischer Unternehmer neue Cyber-Security-Firmen. Und das nationale Cyber-Komitee investiert nicht wenig in deren Förderung.

Elazari findet, dass das Bewusstsein für die Bedeutung von Cyber-Security weiter geschärft werden müsse. Das war eine ihrer Botschaften an der letzten Homeland-Security-Konferenz in Tel Aviv, bei der Cyber-Security ein Schwerpunktthema darstellte. Ein wichtiger Bereich, in dem Elazari Entwicklungsbedarf sieht, sind mobile Geräte. Mehr und mehr Firmen setzten auf eine Politik der «Selbstversorgung», bei der also die Mitarbeiter ihre eigenen bevorzugten Smartphones oder Tablets zur geschäftlichen Nutzung mitbrachten. Dabei sei heute nur eines von zwanzig solcher Geräte mit einer Sicherheitssoftware ausgestattet, bemerkt die lebhaft junge Frau.

### «Hacking macht Spass»

Keren Elazari ist es auch ein Anliegen, ihren Beruf anderen Frauen schmackhaft zu machen. Derzeit sind diese noch immer stark untervertreten. «Hacking macht Spass», schwärmt sie und weist darauf hin, dass es gerade im virtuellen Raum keine Barrieren punkto Alter oder Geschlecht gebe. In Israel seien Quoten für Frauen weniger ein Thema. Die Tatsache, dass auch sie Militärdienst leisten müssten, trage viel zu ihrer Integration in der Technologiebranche bei; die Armee bilde unter anderem Soldaten für den Cyberkrieg aus. Trotzdem wählten nur wenige Frauen Berufe in diesem Bereich, sagt Elazari. Das Problem sei nicht, dass die Qualifizierten unter ihnen nicht angestellt würden; Ursache sei vielmehr, dass Frauen sich in der Grundausbildung selten für diesen Berufsweg entschieden. Ein Quotensystem würde daran wenig ändern, auch wenn sie dieses grundsätzlich befürworte.

Das Bewusstsein zu schärfen gelte es auch in Bezug auf Internet-Aktivisten, besonders die Bewegung, die sich lose unter dem Namen «Anonymous» sammle. Die junge Frau, die nicht nur Informationstechnologie, sondern auch Geschichte und Philosophie studiert hat, erkennt darin eine neue Form von politischem Protest. Wie damit umzugehen sei, müssten die Gesetzgeber entscheiden. «Aber wir müssen das Phänomen anerkennen und ihre Botschaften hören», findet sie. Hacking bezeichnet sie als Gemütszustand. Es gehe darum, seine Neugier und sein Talent für Gutes zu nutzen – also etwas aufzubauen, nicht zu zerstören, Systeme zu verbessern, statt sie lahmzulegen.